

Berichte, Landesparteitag 17./18. März 2018

Bericht des Landesausschusses

Die Aufgaben des Landesausschusses sind im § 20 der Satzung der Partei DIE LINKE, Brandenburg geregelt. Er ist das Vertretungsgremium der Kreisverbände. Der Landesausschuss berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen. Gegenüber dem Landesvorstand übt er eine Kontroll- und Initiativfunktion aus.

Dieser Bericht bezieht sich auf die Kalenderjahre 2016 und 2017.

Entsprechend § 21 der Landessatzung können 38 Genossinnen und Genossen in den Landesausschuss gewählt werden; 30 aus den Kreisverbänden, je zwei aus dem Landesvorstand und dem Jugendverband sowie vier aus den Zusammenschlüssen. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 36 Mandate besetzt.

Die konstituierende Sitzung des Landesausschusses fand am 23. Januar 2016 statt. Auf dieser Sitzung wurde die Geschäftsordnung beschlossen und es gab eine Verständigung zur Arbeitsweise des Gremiums sowie zum Selbstverständnis. Matthias Loehr und Karin Heckert wurden in ihren Funktionen als Vorsitzender und als Stellvertreterin des Gremiums bestätigt.

Der jährliche Finanzplan des Landesvorstandes und der Plan der Abführungen waren u. a. Gegenstand der Beratung.

In Kontinuität befasste sich der Landesausschuss in regelmäßigen Abständen mit den Mandatsträgerspenden, entsprechend der Bundesfinanzordnung. Auch dem Wirken dieses Gremiums ist es zu verdanken, dass mittlerweile alle Landtagsabgeordneten regelmäßig und in voller Höhe ihre Mandatsträgerbeiträge entrichten. In den Kreisverbänden bleibt diese Aufgabe für die zuständigen Vorstände eine Herausforderung von Dauer.

Der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den Kreisverbänden und Zusammenschlüssen war fester Bestandteil der Beratungen, aus dem eine Reihe von Anregungen aufgenommen wurde.

Die geplante Verwaltungsstrukturreform und die damit einhergehende Neugliederung der Brandenburger Kreise war ein wiederkehrendes Thema in den Sitzungen des Landesausschusses unter Teilnahme zahlreicher Gäste. Der konstruktive Dialog im Gremium trug dazu bei, dass die Auseinandersetzung zu diesem Vorhaben in unseren Reihen deutlich sachlicher ablief als beim Koalitionspartner. Letztlich waren jedoch die misslungene Kommunikation des Innenministeriums sowie die sachfremde und populistische Kampagne der CDU maßgeblich für das Scheitern des Vorhabens verantwortlich.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag im Herbst 2017 war ebenso fester Bestandteil der Beratungen. Gemeinsam mit dem Landesvorstand wurden die Kriterien für Kandidaturen sowie die Finanzierung des Wahlkampfes diskutiert und beschlossen und ein gemeinsamer Listenvorschlag erarbeitet. Dieser umfasste die ersten drei

Listenplätze. Auf der Vertreter*innenversammlung in Falkensee wurde der Listenvorschlag der beiden Gremien letztlich bestätigt.

Einige Beratungen wurden in diesem Zusammenhang als gemeinsame Sitzungen mit dem Landesvorstand durchgeführt.

Entsprechend unserer Landessatzung beschloss der Landesausschuss die Vergabe von Delegiertenmandaten für den Landesparteitag. Zu Streitigkeiten kam es – wie in der vorherigen Legislaturperiode – im Berichtszeitraum nicht.

Der Landesausschuss war in den vergangenen zwei Jahren bemüht, auch die aktuellen politischen Vorhaben und Erfolge unserer Landtagsfraktion zu begleiten und in die Partei zu vermitteln. Um dieses Ziel zu erreichen, nahmen Mitglieder der Fraktion regelmäßig an den Beratungen des Gremiums teil. Darüber hinaus waren Beschlüsse und Papiere aus Fraktion und Landesregierung Gegenstand der Beratungen.

Die Diskussionen zur Situation in der Bundespartei sowie der Umgang und die Integration von geflüchteten Menschen nahmen auch im Landesausschuss viel Zeit in Anspruch. In diesem Zusammenhang gab es u. a. Diskussionen zu den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ und Anregungen zum Landesaufnahmegesetz.

Ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit im Landesverband wurde intensiv im Landesausschuss diskutiert. Insbesondere die darin enthaltenen Vorschläge zur Parteientwicklung, zur Vorbereitung von Wahlen sowie der Öffentlichkeitsarbeit sollten regelmäßiger Bestandteil in den Beratungen der Parteigremien sein.

Eine Einbeziehung des Landesausschusses in die Erarbeitung des Personalvorschlages für die 1. Tagung des 6. Landesparteitages fand leider nicht statt.

Das durch die Landesgeschäftsführerin eingeführte Angebot einer Kinderbetreuung während unserer Beratungen wird durch den Landesausschuss ausdrücklich begrüßt. Wir regen an, dieses fortzuführen.

Matthias Loehr (Vorsitzender des Landesausschusses im Berichtszeitraum)

Karin Heckert (stellv. Vorsitzende des Landesausschusses im Berichtszeitraum)